EXAMEN DE FIN D'ÉTUDES SECONDAIRES – Sessions 2024  QUESTIONNAIRE									
Date :	05.06.24		H <b>orair</b> e :	08:15 - 11:15	Durée :	180 minutes			
Discipline :	Allemand	Туре :	écrit	Section(s):	GED / GSH / GSI				
		1			Numéro du candidat :				

# I. Leseverstehen 15 Punkte

#### Sachtext A:

5

10

15

20

#### Die Festung Europa ist eine gefährliche Illusion

Jens Spahn<sup>1</sup> möchte Flüchtende "mit physischer Gewalt" von Europas Grenzen vertreiben und hat offenbar eine Mauer im Kopf. Die Vorstellung, so könne man sich vor den Folgen der Klimakrise schützen, ist absurd.

"Nach Sonnenaufgang ist alles die Hölle", sagt Abdullah Husain, der an einer Universität in Kuwait lehrt, in einem 2022 publizierten Multimedia-Artikel der "New York Times". Das auch heute noch extrem lesens- und sehenswerte Stück ist sehr beklemmend, weil es Menschen zeigt, die bereits phasenweise unter Bedingungen leben, die auf diesem Planeten bald vielerorts herrschen werden. Extreme Hitze, oft gepaart mit hoher Luftfeuchtigkeit.

In Kuwait lebt, wer es sich leisten kann, weitgehend in klimatisierten Innenräumen, der Kontakt zur Natur ist den Reichen fast vollständig verloren gegangen. Die anderen leben unter Bedingungen, die nachweislich massiv gesundheitsschädlich sind. Das betrifft in erster Linie die Millionen ausländischen Arbeitskräfte, die für die Einheimischen alles erledigen, was die selbst ungern tun.

Entscheidend für die Gesundheitsschädlichkeit hoher Temperaturen ist die "gefühlte Temperatur", auf Englisch oft "Hitzeindex" oder "Heat Index" genannt. Sie setzt sich zusammen aus der gemessenen Temperatur und der Luftfeuchtigkeit. Ein Hitzeindex von mehr als 51 Grad Celsius wird als "extrem gefährlich" und "für Menschen für keinerlei Dauer sicher" betrachtet. Solche Temperaturen sind nicht nur einfach unangenehm, sie schädigen Organsysteme.

Schon bis Mitte des Jahrhunderts wird es, wenn die Menschheit nicht schnell umsteuert, in Teilen der Tropen 60 Tage und noch mehr pro Jahr unerträglich heiß sein: Die gefühlte Temperatur wird dann bei 52 Grad Celsius und mehr liegen.

In anderen Bereichen der Tropen und Subtropen wird es bis zum Ende des Jahrhunderts nicht ganz so heiß, aber doch für eine Mehrzahl der Tage pro Jahr bedenklich wärmer. Erwartet sind

.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> deutscher Politiker (CDU) und seit 2002 Mitglied des Bundestages

40

55

Temperaturen von mehr als 39 Grad Celsius. Laut Vargas Zeppetello und Kollegen sind diese gefühlten Temperaturen, "als ›gefährlich‹ einzustufen".

- Davon betroffen sein werden einige der heute am dichtesten besiedelten Regionen des Planeten. Darunter Indien, wo den gegenwärtigen Prognosen zufolge im Jahr 2050 1,67 Milliarden Menschen leben, sowie Teile Afrikas, Südamerikas, Südostasiens, Mittelamerikas, der südlichen USA sowie des nördlichen Australien. An solche Entwicklungen kann sich die Menschheit nicht einfach "anpassen".
- Die Verfasser einer Studie aus dem Sommer 2023, erschienen in "Nature 30 Communications", warnen außerdem, dass gleichzeitig auftretende Wetterextreme wie Hitzewellen, Dürren und Extremregen "synchrone Missernten" in verschiedenen Weltregionen hervorrufen könnten. Diese Gefahr stelle ein bisher unterschätztes "Risiko für die globale Lebensmittelsicherheit" dar.
- Schon im Mai hatte Spahn in einer Talkshow erklärt, man müsse darüber nachdenken, "ob die Flüchtlingskonvention und die europäische Menschenrechtskonvention so noch funktionieren". Nun ist es mit den Menschenrechten so: Sie "funktionieren" nicht, sie existieren einfach. Jedenfalls solange die Menschheit nicht in vorzivilisatorische Zeiten zurückfällt.
  - Im Grundgesetz steht auch nicht "Die Würde des Menschen ist unantastbar (außer die Person kommt in einem Schlauchboot)", sondern nur die erste Hälfte. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die kommenden Dezember 75 Jahre alt wird, gibt es keine Liste mit Ausnahmen.
  - Diese Woche legte Spahn dann nach. "Irreguläre Migrationsbewegungen" müssten gegebenenfalls "mit physischer Gewalt" aufgehalten werden, sagte Spahn . Und dann noch das hier: "Die Grenze wird früher oder später geschlossen. Ob in fünf oder in 15 Jahren, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber es wird passieren."
- Spahn hat offenbar die Festung Europa schon vor Augen, an deren Grenzzaun Gewalt als Mittel zur Selbstverteidigung legitim sein könnte. Wird dann auf alles geschossen, was sich nicht verkrümelt? Dass ein Vertreter der Union heute im Kontext der Abwehr von unerwünschter Migration von "physischer Gewalt" spricht, sagt sehr viel über die immense Verrohung des politischen Diskurses binnen weniger Jahre.
- Tatsächlich spielt sich an Europas Außengrenzen längst Menschenverachtendes und Dystopisches ab. Aber die Idee von der "Festung Europa" ist in einer Welt wie der oben beschriebenen eine gefährliche Illusion. In den Gebieten, die schon bis Mitte des Jahrhunderts unbewohnbar heiß werden könnten, leben viele Milliarden Menschen. Die Antwort auf dieses Szenario kann wohl kaum eine Mauer sein, die diese Milliarden dann draußen hält, wenn es so weit ist. Das scheint aber Spahns Vision von einer Zukunft zu sein, "ob in fünf oder fünfzehn Jahren".
  - Die politischen Antworten auf diese Szenarien müssen völlig anders aussehen. Einerseits brauchen wir unbedingt Migration, wenn unsere Rentensysteme nicht bald kollabieren sollen . Andererseits muss Deutschland endlich zu einer führenden Nation im Bereich des Klimaschutzes werden, sowohl national wie international.
- Deutschland sollte etwa alles daran setzen, dass die große Zahl afrikanischer Länder, in denen es kein einziges Kohlekraftwerk gibt, auch keine bauen, sondern Solar- und Windkraftwerke. Dass bei

der Klimakonferenz COP28 in – ausgerechnet – Dubai im Dezember bedeutende internationale Reduktionsziele beschlossen werden. Dass die seit Jahren versprochenen Hilfsgelder zur Klimaanpassung für Schwellenländer endlich fließen, statt immer wieder vertagt zu werden. Dass neue Projekte, um noch mehr Öl und Gas zu erschließen, gestoppt werden. Dass echte internationale Zusammenarbeit zustande kommt.

Eine Mauer um Europa wäre ein Alptraum. Europa liegt auf dem Planeten Erde. Und diesen Planeten bewohnen wir gemeinsam.

[800 Wörter (gekürzt nach Christian Stöcker 29. Oktober 2023)]

Quelle: https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimakrise-die-festung-europa-ist-eine-gefaehrliche-illusion-kolumne-a-0d9bf76c-eaa2-4b65-a8c7-11f619bbce38 (zuletzt aufgerufen am 13.02.2024)

3/9

65

### Aufgabe zum Sachtext A:

1) Kreuzen Sie an, ob die folgenden Aussagen sinngemäß im Text enthalten sind. (9 Punkte)

Die Aussagen sind <u>nicht</u> chronologisch geordnet. Schreiben Sie die Lösung auf ein separates Blatt.

#### Beachten Sie folgende <u>Richtlinien zur Bewertung</u>:

- Die Übung ist auf 9 Punkte gewichtet.
- Sie beginnen bei 0 Punkten.
- Für jede richtige Antwort erhalten Sie 1 Punkt.
- Für jede falsche Antwort verlieren Sie wieder 1 Punkt.
- Antworten Sie nicht auf eine Frage, bleibt Ihr Punktestand unverändert.

	Aussage	Ja	Nein
1.	Gesundheitsschädigend ist nicht die empfundene, sondern die tatsächlich gemessene Temperatur.		
2.	Dass Spahn Gewalt an den Grenzen als mögliche Abwehr annimmt, zeigt, wie inhuman die Politik geworden ist.		
3.	Deutschland kann, aufgrund seiner geopolitischen Lage, keine führende Rolle in Sachen Klimaschutz einnehmen.		
4.	Spahn ist der Meinung, dass alle Flüchtlinge mit Gewalt abgewendet werden müssten.		
5.	Deutschland könnte sich international für grüne Energie und das Ende fossiler Energie einsetzen sowie für Ziele der Verringerung des CO2-Ausstoßes engagieren und finanzielle Hilfen für bedürftige Länder anstreben.		
6.	Bis 2050 wird es in manchen tropischen Teilen der Erde gefühlt mehr als 50 Grad heiß sein.		
7.	Die Orte der Erde mit der höchsten Einwohnerdichte werden unter fast 40 Grad leiden, was als warm, aber nicht als gefährlich gilt.		
8.	Spahn geht davon aus, dass Europas Grenzen über kurz oder lang geschlossen werden.		
9.	Der Autor ist der Meinung, dass eine Mauer wohl kaum die Milliarden Flüchtlinge aufhalten kann.		

#### Sachtext B:

15

25

30

35

### Sexualisierte Gewalt: EU will Übergriffe gegen Frauen härter bestrafen

Die EU will Cyberstalking und Zwangsverheiratung künftig strenger bestrafen. Bei einer einheitlichen Ahndung von Vergewaltigungen gab es keine Einigung. Unter anderem stellte sich Deutschland quer.

Sexualisierte und häusliche Gewalt sollen in der EU künftig einheitlich schärfer geahndet werden.

Unterhändlerinnen und -händler von Europaparlament und EU-Staaten einigten sich in Straßburg auf ein Gesetz, mit dem bestimmte Straftaten in allen Ländern gleich geregelt werden. Nach Angaben der EU-Länder und des Parlaments ist es das erste EU-Gesetz zum Kampf gegen sexualisierte Gewalt.

Cyber-Stalking, Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung - oder das Verschicken intimer 10 Bilder ohne Einverständnis stehen demnach künftig in der gesamten EU unter Strafe. EU-weite Standards zu Vergewaltigungen hingegen wurden nicht vereinbart.

Die neuen Vorgaben müssen noch vom Parlament und den EU-Staaten abgesegnet werden. In den meisten Fällen ist das Formsache. "Heute machen wir den ersten Schritt, um Europa zum ersten Kontinent der Welt zu machen, der Gewalt gegen Frauen beseitigt", sagte die Verhandlungsführerin des Europaparlaments, Frances Fitzgerald.

"Wir konnten bei der Definition von Vergewaltigung keine Einigung finde", sagte Fitzgerald. Das sei "wirklich eine große Enttäuschung - gerade, wenn man auf die hohen Zahlen von Gewalttaten in Europa schaut."

Das Parlament forderte hinsichtlich Vergewaltigungen eine Regelung, wonach jeder sexuellen Handlung zugestimmt werden müsse: Nur Ja heißt Ja. Mehrere Länder in der EU, darunter Frankreich und Deutschland, hatten das aber blockiert. Die Kritiker argumentierten, dass es für eine solche einheitliche Regelung keine rechtliche Grundlage im Europarecht gebe.

Die EU überschreite ihre Kompetenzen, wenn sie den Tatbestand der Vergewaltigung EU-weit angleiche, hieß es. "Das kann man bedauern. Ich kann auch verstehen, dass sich Menschen etwas anderes wünschen. Aber das europäische Primärrecht ist nun mal so, wie es ist", sagte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP).

Zuvor hatten mehr als 100 prominente Frauen in einem offenen Brief Buschmann aufgefordert, die Blockade aufzugeben. "Ich bin sehr enttäuscht, dass einige Mitgliedsstaaten sich entschieden haben, auf der falschen Seite der Geschichte zu stehen und die Aufnahme eines einwilligungsbasierten Vergewaltigungsgesetzes zu blockieren", sagte die sozialdemokratische Europaabgeordnete Evin Incir.

Die EU-Staaten sollen aber künftig eine nationale Telefonhilfe einrichten müssen, die Gewaltopfer rund um die Uhr und kostenlos erreichen können. Zudem sollen sie Maßnahmen ergreifen, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern. Diese sollen etwa darauf abzielen, ins Bewusstsein zu rufen, welche Formen von Gewalt es gegen Frauen gibt, und schädliche Geschlechterstereotype bekämpfen.

Auch Dilken Çelebi, Vorsitzende der Strafrechtskommission im Deutschen Juristinnenbund, unterschrieb den offenen Brief an Buschmann. "Jeden Tag werden zwischen sechs und sieben Frauen von ihrem Ex-Partner oder Partner in der EU getötet", zählt sie im Gespräch mit tagesschau24 auf. Die Zahlen zeigten die Notwendigkeit, zu handeln, so die Juristin. Jede dritte Frau habe physische und / oder sexualisierte Gewalt erfahren.

Der Juristinnenbund erkenne die Bedeutung der EU-Richtlinie, so Çelebi. Es sei "sehr, sehr wichtig", Gewaltschutz europaweit einheitlich zu gestalten. Dieser solle nicht vom Wohnort abhängen. Anders als Deutschland hätten "zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten noch dieses nötigungsbasierte Modell", so Çelebi. Dabei werde auf Gewaltanwendung oder Drohung abgestellt, was weder völkerrechtlichen Vorgaben noch dem mittlerweile vorherrschenden Verständnis sexueller Selbstbestimmung entspreche.

Anders als Bundesjustizminister Buschmann nennt der Juristinnenbund eine Ausweitung des EU-Rechts für möglich. "Auch die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sehen das so."

[529 Wörter 06. Februar 2024]

40

45

50

Quelle: https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-plaene-bestrafung-sexualisierte-gewalt-100.html (zuletzt aufgerufen am 13.02.2024)

#### Aufgabe zum Sachtext B:

Notieren Sie, welche Aussage sinngemäß im Text steht. (6 Punkte)

Die Aussagen sind <u>nicht</u> chronologisch geordnet und es ist immer nur <u>eine</u> Antwort zutreffend. Schreiben Sie die Lösung auf ein separates Blatt.

#### Beachten Sie folgende Richtlinien zur Bewertung:

- Die Übung ist auf 6 Punkte gewichtet.
- Sie beginnen bei 0 Punkten.
- Für jede richtige Antwort erhalten Sie 1 Punkt.
- Für jede falsche Antwort verlieren Sie wieder 1 Punkt.
- Antworten Sie nicht auf eine Frage, bleibt Ihr Punktestand unverändert.
- 1) Das EU-Parlament einigte sich auf ein Gesetz gegen
  - a. sexuelle und häusliche Gewalt.
  - b. Mobbing.
  - c. physische und psychische Gewalt.
- 2) Eine vereinbarte Maßnahme der EU-Staaten soll
  - a. ein Brief von 100 prominenten Frauen sein, der sich der Blockade einzelner Länder gegenüber einem einheitlichen Gesetz zur Bestrafung von Vergewaltigung widersetzt.
  - b. eine Internetplattform sein, die mit Stereotypen gegenüber Frauen aufräumt.
  - c. die Einrichtung einer Telefonhotline sein, die Frauen, die mit Gewalt konfrontiert werden, immer zur Verfügung steht.
- 3) Die Vorsitzende der Strafrechtskommission ist der Meinung, dass
  - a. ein Gesetz gegen Vergewaltigung äußerst erstrebenswert sei.
  - b. ein völkerrechtliches Abkommen gegen Gewalt an Frauen verabschiedet werden müsste.
  - c. es von äußerster Bedeutung sei, europaweit einheitlich vor Gewalt zu schützen.
- 4) Eine Europaparlamentarierin legt dar, dass Europa der erste Kontinent sein könne, wo
  - a. psychische Gewalt gegenüber Frauen nicht mehr existiere.
  - b. Gewalt gegenüber dem weiblichen Geschlecht beendet werde.
  - c. Männer kaum noch Gewalt gegenüber Frauen ausüben würden.
- 5) Ein EU-weites Gesetz gegen Vergewaltigung
  - a. findet keine juristische Basis im Europarecht.
  - b. ist juristisch noch nicht ausgereift genug.
  - c. findet keine allgemeingültige Legitimität in den Benelux-Staaten.

- 6) Was die Bestrafung von Vergewaltigungen betrifft, stimmten viele Länder darin überein, dass
  - a. mindestens einer dem Geschlechtsverkehr zustimmen müsste.
  - b. beide den Geschlechtsakt bejahen müssten.
  - c. beide offiziell in einer Partnerschaft leben müssten.

## II. Persönliche Stellungnahme

20 Punkte

Nehmen Sie anhand von <u>zwei</u> vollständigen Argumenten kritisch Stellung zu folgender Aussage, die im Rahmen des Internationalen Jugendtages getätigt wurde:

"Die Jugend ist die Hoffnung des Landes." (anonymer Verfasser)

Inhalt 10 P. und Form 10 P.

# III. Aufgabe zu den allgemeinbildenden und literarischen Texten 25 Punkte

Bundesinnenministerin Nancy Faeser betonte in ihrer Rede im Bundestag:

"Nie wieder ist jetzt!".2

Argumentieren Sie, inwiefern diese Aussage über die Wichtigkeit des Erinnerns an die deutsche Kriegsvergangenheit auf drei Personen aus den Texten von Thorsten Schmitz, Bernhard Schlink und Uwe Timm zutrifft.

Inhalt 15 P. und Form 10 P.

9/9

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Quelle: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/11/9nov23.html (zuletzt aufgerufen am 18.02.2024)